

Pressemitteilung 12. Februar 2024

Übertragungsnetzausbau in der Kostenfalle Neue Stromtrassen sind falsches Zeichen



Mit großer Sorge sehen die Bürgerinitiativen im Aktionsbündnis Trassengegner die Entwicklungen beim Stromnetzausbau. Der aktuelle Netzentwicklungsplan wurde erst vor kurzem von der Öffentlichkeit konsultiert, da lässt ein Vorstoß der Bayerischen Landesregierung aufhorchen, die im Alleingang schon eine weitere Stromleitung fordert. Energieminister Hubert Aiwanger ist sich der Tragweite seines Handelns offensichtlich in keinster Weise bewusst, wenn er ohne energiewirtschaftliche Not noch weitere Leitungen fordert. Dieses Vorgehen sollte bundesweit für Entrüstung sorgen. Denn wie die hohe Anzahl an Neuplanungen von Stromtrassen überhaupt realisiert (und bezahlt) werden soll, bleibt die große Frage.

Netzausbau unfinanzierbar

Der bisher bereits erfolgte Übertragungsnetzausbau sollte mit jährlich 5,5 Mrd. Euro aus Steuermitteln durch Zahlungen aus dem Steuerhaushalt an die vier Übertragungsnetzbetreiber (ÜNB) subventioniert werden. Aufgrund der Haushalts-Engpässe wurde die Subvention für 2024 kurzfristig gestrichen. In unmittelbarer Folge haben die vier ÜNB ihre Netznutzungsentgelte mehr als verdoppelt, von bisher 3,12 Cent pro Kilowattstunde zum 1. Januar 2024 auf bundesweit einheitlich 6,43 Cent pro Kilowattstunde. Das spüren jetzt vor allem die Industrie und größere Gewerbebetriebe.

Dabei geht der Neubau zahlreicher Stromtrassen-Projekte erst los. Der Netzentwicklungsplan weist Investitionen von weit mehr als 300 Milliarden Euro für das Übertragungsnetz in Deutschland aus. Die Finanzierungskosten sind hier noch gar nicht eingerechnet. Die eigentliche Kernaufgabe dieser Höchstspannungsleitungen ist es, auf Bundesgebiet ein Drehkreuz für den europäischen Stromhandel zu bilden.

Durch den Wegfall der Subventionen werden die Übertragungsnetzentgelte und somit die Strompreise weiter steigen. Private Haushalte geraten zunehmend in finanzielle Schwierigkeiten, die Wettbewerbsfähigkeit für Gewerbe und Industrie steht auf dem Spiel. Und trotz gigantischer Milliardenbeträge, die der Übertragungsnetzausbau verschlingen wird, ist die Versorgungssicherheit nicht gewährleistet. Grund genug, dass auf allen Ebenen – auch der politischen – endlich ein Umdenken einsetzt.

Undemokratische Netzausbau-Beschleunigung

Zahlreiche Beschleunigungsgesetze verhindern inzwischen Bürgerbeteiligung in Konsultationsverfahren. Die Bundesfachplanung wird durch ein Präferenzraumverfahren ersetzt. Hinweise von Bürgerinnen und Bürgern, Verbänden und Institutionen werden nicht mehr ausreichend diskutiert. Umweltauswirkungen sind einzig in einer strategischen Umweltprüfung (auf „hoher Flughöhe“, ohne

detaillierte Bewertung) erfasst. Raumwiderstände aus früheren SuedLink-Planungen sind jetzt anscheinend problemlos überwindbar.

Während sich Landkreise, Städte und Kommunen derzeit in zahlreichen Stellungnahmen besorgt äußern, wird eine rücksichtslose Trassenplanung vorangetrieben, die jeglicher wirtschaftlichen und umweltpolitischen Vernunft widerspricht. Die Akzeptanz für neue Stromtrassen wird auf breiter Ebene schwinden, je weiter die Projekte voranschreiten und das Ausmaß der Zerstörungen sichtbar wird. Spätestens bei einem weiteren Anstieg der Strompreise wird der Aufschrei wieder groß sein.

Energiewende gerät fälschlicherweise in Verruf

Die Energiewende wird scheitern, wenn in Deutschland weiterhin auf den Ausbau eines überdimensionierten Übertragungsnetzes gesetzt wird. Um die Stromproduktion aus erneuerbaren Energien zu fördern, wird in jedem Bundesland ein resilientes System aus Verteilnetzen, Speichern und Reservekraftwerken benötigt. Unnötige Kosten müssen hingegen weitgehend vermieden werden. Die Bürgerinitiativen im bundesweiten Aktionsbündnis Trassengegner sehen mit Sorge, dass die Energiewende fälschlicherweise immer mehr in Verruf gerät, da man mit ihr den Neubau von Übertragungsleitungen begründet. Wir sind, gestützt von fachlicher Expertise, überzeugt, dass dieser geplante Übertragungsnetzausbau für die Energiewende keinerlei Nutzen hat.

Das angebliche „Klimaneutralitätsnetz“, wie es medial von den ÜNB proklamiert wird, leistet vorrangig nur einen Dienst: Es etabliert ein zentralistisches, zu guten Teilen fossil-atomares Energiesystem, das die Marktmacht der großen Energiekonzerne aufrechterhält. Diese missbrauchen die Energiewende für ihre eigenen wirtschaftlichen Zwecke, um durch neu entstehende Abhängigkeiten die Strompreisgestaltung weiterhin maßgeblich zu beeinflussen.

Die Bürgerinitiativen kommen mit Blick auf das „Wünsch-Dir-Was“ der bayerischen Landesregierung zu folgendem Schluss: Die Behauptung, man könne beim Thema Stromtrassen von Landesebene aus keinen Einfluss auf eine verfehlte Planung nehmen, weil neue Übertragungstrassen angeblich in Berlin entschieden werden, ist hinfällig. Allerdings sollte dieser Einfluss für die Bundesländer nutzbringend eingesetzt werden: **Wer sich Trassen wünschen kann, kann sie auch verhindern.**

Es ist unerlässlich, die vorliegende unfinanzierbare Stromnetzplanung auf den Prüfstand zu stellen. Neben mehr Umweltschutz brauchen wir vor allem bezahlbare Strompreise um den sozialen Frieden zu gewährleisten und den Wirtschaftsstandort Deutschland nicht weiter zu gefährden.

Dörte Hamann

Aktionsbündnis Trassengegner

Sebastian Locker

Aktionsbündnis Ultranet

Maria Quanz

Bundesverband gegen SuedLink (BBgS)